

Nr. XIX.GP.-NR. 873 1995-03-30

## DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Ing. Reichhold und Kollegen  
an den Bundeskanzler  
betreffend Handlungsfähigkeit der Bundesregierung

Bei den Nationalratswahlen am 9. Oktober des Vorjahres mußten die beiden Regierungs-  
parteien empfindliche Verluste hinnehmen und sackten in der Wählergunst auf ihre jeweils  
historischen Tiefststände ab.

Noch unter dem Schock der Niederlage versprachen die Spitzenpolitiker von ÖVP und SPÖ,  
daß es in einer Neuaufage der glücklosen Koalition peinlichen Proporz, Selbstbedienung und  
endlose Streitereien nicht mehr geben werde.

Umfassend, mutig und offensiv werde die Regierung in den nächsten Jahren agieren, erklärte  
Bundeskanzler Vranitzky.

Seit der Regierungsbildung sind nunmehr vier Monate vergangen. Die Hoffnung auf eine  
umfassende, mutige, offensive, funktionsfähige Regierung hat sich jedoch nicht erfüllt.

Waren schon die Wochen der Regierungsbildung von Untätigkeit, von Pannen und  
Verstimmungen zwischen den beiden Partnern geprägt, so wurde im Laufe der Diskussion  
über die Budgeterstellung klar, daß dieser Neuaufage eines rot-schwarzen Bündnisses die  
notwendige Kraft und die Ideen für eine zukunftsorientiertes Handeln fehlen.

Tatsächlich ist die Liste der Mißerfolge der amtierenden Bundesregierung nach nur wenigen  
Monaten bereits außerordentlich lang, die Frustrationen im Regierungslager sind daher nur  
zu verständlich:

- Entgegen den ursprünglichen Versprechungen wurde die Regierungsmannschaft um einen weiteren Staatssekretär vergrößert - Proteste der Medien und der Bevölkerung waren die Folge.
- Die geplante Versorgung des ehemaligen SP-Zentralsekretärs Peter Marizzi durch die Entsendung in den europäischen Rechnungshof scheiterte am Widerstand der Öffentlichkeit. Kanzler Vranitzky mußte eingestehen, mit der Nominierung Marizzis einen Fehler gemacht zu haben.
- Der peinliche Proporz-Export nach Brüssel, der sich in der Aufteilung aller wesentlichen für Österreich vorgesehenen Positionen in der EU durch Rot und Schwarz manifestiert, wurde sogar von dem von Österreich entsendeten EU-Kommissar Fischler kritisiert.
- In der "Causa Poigenfürst" blamierten sich Sozialminister Hesoun und die AUVA, die patientenfeindlichen Arbeitszeitregelungen wurden öffentlich bekannt, die Zwangspensionierung des weltweit geschätzten Primars Poigenfürst mußte zurückgenommen werden.
- Allein der offizielle Schuldenberg beträgt bereits mehr als 1.200 Milliarden. Daneben betragen die öffentlichen Schulden bei Post, Bahn, im Straßenbau und in der verstaatlichten Industrie weitere 500 Mrd. Schilling.
- Die Bundesregierung hat daher in ihrem Arbeitsübereinkommen für die Zusammenarbeit während der XIX. Gesetzgebungsperiode den österreichischen Bürgern ein einschneidendes Belastungspaket verordnet, mit dem das aus den Fugen geratene Budgetdefizit unter Kontrolle gebracht werden sollte (und dessen behauptete Einsparungswirkung von 240 Mrd. Schilling in 4 Jahren von vornherein nicht realistisch war und laut WIFO bestenfalls 120 Mrd. gebracht hätte). Dieses Vorhaben löste in der Bevölkerung einen Sturm der Entrüstung aus und wurde nach Protesten von Gewerkschaften, Familienorganisationen und Berufsvertretungen entschärft.

Geblieben ist ein Maßnahmenpaket, das unter dem irreführenden Namen "Strukturanpassungsgesetz" läuft und eine Einsparungswirkung von lediglich 12 Mrd. S jährlich aufweist.

Busek scheiterte mit seinen Einsparungsplänen im Schulbereich genauso wie Familienministerin Moser mit ihrem Vorhaben, die Familien künftig noch stärker als schon bisher zu belasten.

Gesundheitsministerin Krammer tat sich mit dem Vorschlag hervor, zahlreiche Krankenhäuser einfach zuzusperren. Die Sicherung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung werde nicht darunter leiden, beteuerte sie wenig glaubwürdig.

Bundeskanzler Vranitzky fand nichts dabei, durch die Forderung nach einer "Solidarabgabe" bezeichneten Sondersteuer und durch die tatsächlich erfolgte Erhöhung der Mineralölsteuer sein zentrales Wahlversprechen zu brechen, das gelautet hatte: keine weiteren Steuererhöhungen, keine neuen Steuern!

Zwischen der Regierung und den Gewerkschaften herrscht Krisenstimmung. Vizekanzler Busek wirft den Gewerkschaften vor, die Stabilität Österreichs zu gefährden. Die Lage sei "dramatisch".

Die Gewerkschaften ihrerseits bezeichnen die Versuche der Bundesregierung zur Budgetkonsolidierung wörtlich als "dilettantisch".

Bundeskanzler Vranitzky, der seit Jahren ein atomfreies Mitteleuropa fordert, konnte bisher keinen internationalen Erfolg in dieser wichtigen Frage verbuchen.

Weder bei Temelin und Bohunice noch bei dem gegenwärtig heftig diskutierten Atomkraftwerk Mochovce gelang es Vranitzky, zu einer Lösung im Sinne der österreichischen Bevölkerung etwas beizutragen.

Die österreichische Landwirtschaft geriet durch den EU-Beitritt unseres Landes in eine schwere Krise, vielen Milchproduzenten droht der Ruin. Die Regierung hat es verabsäumt, rechtzeitig Vorsorge für die Landwirtschaft zu treffen und sieht sich nun mit wütenden Bauernprotesten konfrontiert.

Während die Bundesregierung zum Beispiel den Rentnern und Pensionisten lediglich eine Pensionserhöhung von nur 2,8 Prozent gewährt hat - was eine Anpassung bedeutet, die unter der Inflationsrate liegen wird - genehmigt sie sich selbst die jährliche Anpassung im Wege der Teuerungszulagen und eine alle zwei Jahre stattfindende Vorrückung um eine Gehaltsstufe.

Der ruchbar gewordene Skandal, die Abhör- und Provisionsaffäre in Zusammenhang mit der geplanten Anschaffung von Hubschraubern für das österreichische Bundesheer, zeigte einmal mehr die rot-schwarzen Verfilzungen auf.

ÖVP-Wehrsprecher Kraft und SPÖ-Bundesgeschäftsführer Marizzi mußten gehen. Die mangelnde Durchsetzungsfähigkeit des Bundeskanzlers zeigt sich am Beispiel Marizzi's, der am 29. Jänner 1995 auch die Zurücklegung des Abgeordnetenmandates zusagte. Nun muß es der Bundeskanzler hinnehmen, daß Marizzi dem Nationalrat nur deshalb erhalten bleibt, weil er den Anspruch auf eine Politikerpension erwerben möchte.

Die Vorgänge um die Insolvenz des Konsum belegen einerseits, wie durch eine verfehlte sozialistische Wirtschaftspolitik, den Zusammenhang zwischen SPÖ, ÖGB und Konsum sowie besonders unfähige Manager ein traditionsreiches Unternehmen zugrunde gerichtet werden kann, und andererseits die Hilflosigkeit, mit der die Bundesregierung den erforderlichen Maßnahmen zur Schadensbegrenzung gegenübersteht. Anstatt ein energisches Krisenmanagement zu betreiben, das angesichts der Dimensionen der Pleite angebracht wäre, steckt man den Kopf lieber in den Sand.

Das nunmehr endlich vorliegende Budget für 1995 mit einem prognostizierten Defizit von 102 Mrd. \$ ist ein weiteres Kapitel der Fehleinschätzungen des Finanzministers Lacina. Zuletzt waren es die Budgets 1993 und 1994, bei denen er durchaus beachtliche Defizite von 64 bzw. 80 Mrd. \$ prognostizierte, welche in Wahrheit um 50 % bzw. 30 % übertroffen würden. Spannend wird 1995, um wieviel Prozent die Prognose des Finanzministers verfehlt wird.

Die Liste der Mißerfolge der Bundesregierung kennzeichnet die Situation nur unzureichend. Noch länger ist nämlich die Liste jener Probleme, die von ihr bisher nur ignoriert und auf die lange Bank geschoben werden. Es handelt sich dabei um Probleme, deren Lösung für eine weitere gedeihliche Entwicklung Österreichs unabdingbar sind:

#### **Budgetkonsolidierung**

In den letzten Jahren ist das Budget völlig aus dem Ruder gelaufen und hat sich das Budgetdefizit explosionsartig erhöht. Diese Entwicklung bedroht den Status Österreichs als triple A - Schuldner und in weiterer Folge die Währung. Vom Erreichen der Maastricht - Konvergenzkriterien kann auf absehbare Zeit keine Rede sein. Offenbar hat auch Finanzminister Lacina erkannt, daß alle Budgetkonsolidierungsbemühungen dieser Bundesregierung zum Scheitern verurteilt sind und deshalb seinen Rücktritt erklärt.

#### **Sparpaket**

Zur Sanierung des Bundesbudgets ist in erster Linie eine echte Spargesinnung erforderlich, die die Ausgabenseite wirksam einbremst. Es bedarf dazu eines ausgewogenen, nichtsozialistischen Sparpakets, das nicht vor Privilegien haltmacht.

#### **Leistungsbilanz**

Die österreichische Leistungsbilanz ist im zunehmenden Maße passiv. Die Bundesregierung hat dieses Problem bisher noch nicht einmal bemerkt.

### - Tourismuskrise

Sowohl die Nächtigungszahlen als auch die Einnahmenüberschüsse aus der Fremdenverkehrswirtschaft sinken seit einiger Zeit. Dies belastet nicht nur die Leistungsbilanz sondern auch die wirtschaftliche Existenz vieler Betriebe und ihrer Dienstnehmer.

Eine Tourismusoffensive ist unabdingbar.

### - Anpassungsprobleme der Landwirtschaft

Die mit dem EU-Beitritt verbundenen Anpassungsprobleme können nicht allein mit auf 4 Jahre befristeten Beihilfen gelöst werden sondern bedürfen vielfältiger Anstrengungen.

### - Insolvenzlawine

Die Insolvenzsumme erreicht 1995 bisher 24 Mrd. S, das ist ein noch nie dagewesener Höchststand, der vor allem durch die Rekord-Pleite des Konsum herbeigeführt wurde. Die dadurch zu erwartenden Belastungen des Arbeitsmarktes, des IAG-Fonds und des Budgets werden unübersehbare Herausforderungen für die Politik darstellen, wozu noch die zutagegetretenen Unzukömmlichkeiten in verschiedenen Rechtsbereichen, z.B. Insolvenzrecht und Genossenschaftsrecht kommen.

### - Bankenaufsicht

Im Zusammenhang mit der BHI Insolvenz und den Verflechtungen zwischen Konsum und BAWAG ist die Forderung nach einer effizienteren und unabhängigen Bankenaufsicht immer lauter geworden.

### - Privatisierung im Bankenbereich

Die bisherige Vorgangsweise bei der CA-Privatisierung offenbart, daß der Finanzminister dieses Vorhaben in Wahrheit boykottiert. Versuchen, die bisherige Privatbank BAWAG auf dem Wege über die PSK teilzuverstaatlichen, ist entgegenzutreten.

### - Sanierung der ÖBB

Bei der ausstehenden Eröffnungsbilanz ist zu klären, ob der ÖBB ein Schuldenberg von 17 Mrd. S auf den Weg gegeben wird, der ihre Lebensfähigkeit von vornherein beeinträchtigt,

oder durch eine Entschuldung eine betriebswirtschaftlich gesicherte Existenz ermöglicht wird.

- **Straßenbenützungsbeitrag**

Auf Grund von EU-Regelungen muß der Straßenbenützungsbeitrag sinken; durch die als Kompensation erhöhte Kfz-Steuer werden einseitig die Inländer belastet, wodurch es zu Wettbewerbsnachteilen und einem Anreiz kommt, österreichische Transitstrecken mit allen für die Umwelt schädlichen Belastungen zu benutzen. Eine Lösung ist bisher an Meinungsverschiedenheiten der Minister Klima und Schüssel gescheitert.

- **Förderungswettlauf der Bundesländer**

Es kann nicht angehen, daß die EU-Förderungsbestimmungen zu einem Förderungswettlauf der Bundesländer, wie z.B. im Falle des Lyocell-Werkes der Lenzing AG führt.

- **Sicherung der Pensionen**

Die langfristige Sicherung der Pensionen aller Österreicher erfordert ein Bündel von mutigen Maßnahmen. Derzeit sind Pensionen auf lange Sicht nicht gesichert.

- **Übergang zu einem ökologischen Steuersystem**

Zur mittelfristigen Sicherung Österreichs als Unternehmensstandort ist es notwendig, die im internationalen Vergleich überhöhten Arbeitskosten durch einen Übergang zu einem ökologische Aspekte berücksichtigenden Steuersystem zu entlasten.

- **Neugestaltung der Krankenhausfinanzierung**

Die Neugestaltung des Gesundheitswesens muß endlich finanziert und anschließend umgesetzt werden. Bisher wurde nur der Anschein erweckt, als sei ein Konzept einer leistungsgerechten Krankenhausfinanzierung fertiggestellt worden.

- **Sicherheit in Europa**

Die Entwicklung der letzten Jahre, insbesondere der Fall des Eisernen Vorhangs und der EU-Beitritt erfordern eine Neuorientierung der österreichischen Sicherheitspolitik.

### Schengener Abkommen

Österreich ist nicht gerüstet, die mit dem Inkrafttreten des Schengener Abkommens auf uns zukommenden Probleme zu bewältigen. Der rasche Aufbau einer Grenzschutztruppe wurde bisher durch Streitigkeiten der Minister Lacina und Löschnak verhindert.

Die Liste der Probleme kann beliebig fortgesetzt werden. Zu ihrer Bewältigung bedarf es aber einer handlungsfähigen Bundesregierung.

Diese zeigt allerdings in den letzten Tagen Auflösungs- und Absetzungstendenzen :

Angefangen von Bundeskanzler Vranitzky, dem die Unlust an der Regierungstätigkeit bereits deutlich anzumerken ist, über Vizekanzler Busek zu Finanzminister Lacina, der drohte, bei einem Budgetdefizit von mehr als 100 Mrd. S zurückzutreten und nunmehr, nachdem er erkannte, daß er dieses sich selbst gesetzte Limit nicht einhalten konnte, tatsächlich seinen Rücktritt erklärt hat, Innenminister Löschnak, Sozialminister Hesoun, Frauenministerin Dohnal, Umweltministerin Rauch-Kallat, Familienministerin Moser, Gesundheitsministerin Krammer bis zu den Staatssekretären Einem, Ederer und Schäffer, deren Namen für andere Funktionen genannt werden.

Es besteht die Besorgnis, daß diese Auflösungs- und Absetzungstendenzen (vgl. die Medien vom 29. März 1995, Presse, Kurier, Standard, Oberösterreichische Nachrichten, Salzburger Nachrichten) die Funktionsfähigkeit der Bundesregierung in einem Maße beeinträchtigen, das die Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Aufgaben ernsthaft gefährdet. Angesichts der drängenden Probleme unseres Landes und des Umstandes, daß ohnehin während Regierungsbildung und der Budgeterstellung fast 6 Monate nahezu ohne meßbare Regierungsarbeit verschwendet wurden, kann sich Österreich eine Regierung auf Abruf nicht leisten.

In Sorge um die Funktionsfähigkeit der Bundesregierung richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler nachstehende

**DRINGLICHE ANFRAGE**

- 1.) Welche Maßnahmen gedenken Sie in Ihrer Eigenschaft als Koordinator der allgemeinen Regierungspolitik und der Zusammenarbeit aller Bundesministerien zu treffen, um die volle Handlungsfähigkeit der Bundesregierung in Zukunft zu gewährleisten ?
- 2.) Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um eine bevorstehende Regierungsumbildung möglichst rasch und ohne Beeinträchtigung der Regierungsarbeit durchführen zu können ?
- 3.) Welche konkreten Maßnahmen gedenken Sie zu ergreifen, um dem Nachfolger von Finanzminister Lacina, dessen Rücktritt eine offenkundige Folge seines Versagens bei der Budgetkonsolidierung ist, das Schicksal seines Vorgängers zu ersparen ?
- 4.) Beabsichtigen Sie, im Rahmen einer Regierungsumbildung eine Verkleinerung der Zahl der Regierungsmitglieder zu bewirken ?
- 5.) Welche Ressorts und welche Staatssekretäre könnten von einer Verkleinerung direkt betroffen sein und konkret eingespart werden ?
- 6.) Wird es aus Anlaß der zu erwartenden Regierungsumbildung zu einer Überarbeitung des Arbeitsübereinkommens der Koalitionsparteien mit klaren Zielsetzungen und zu einer Chance auf einen baldigen Beginn der ernsthaften Regierungsarbeit kommen ?
- 7.) Welche konkreten Aktivitäten planen Sie als Koordinator der Regierungspolitik, um die Meinungsverschiedenheiten, die in der Frage des Straßenbenützungsbeitrages und der Brenner-Maut zwischen Verkehrsminister Klima und Wirtschaftsminister Schüssel bestehen, auszuräumen und wann werden Ergebnisse derartiger Aktivitäten vorliegen?
- 8.) Welche konkreten Aktivitäten planen Sie als Koordinator der Regierungspolitik, um die in der Frage des Aufbaues eines Grenzschutzes

zwischen Innenminister Löschnak und Finanzminister Lacina aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten auszuräumen, und endlich einer den Anforderungen des Schengener-Abkommens entsprechende Grenzüberwachung zu gewährleisten und wann werden Ergebnisse derartiger Aktivitäten vorliegen?

- 9.) Wie beurteilen Sie als Vorsitzender der Bundesregierung die Ankündigung des Wiener Stadtschulratspräsidenten Scholz, Weisungen von Unterrichtsminister Busek in Zukunft nicht zu befolgen ?
- 10.) Welche Maßnahmen gedenken Sie zu ergreifen, falls Scholz seine Ankündigung in die Tat umsetzen sollte ?
- 11.) Wie beurteilen Sie den Umstand, daß Teilorganisationen Ihrer Partei Demonstrationen gegen die Politik von Regierungsmitgliedern Ihres Koalitionspartners organisieren oder offiziell an solchen Demonstrationen teilnehmen ?
- 12.) Durch welche Maßnahmen gedenken Sie dem sich abzeichnenden allgemeinen Autoritätsverlust der Bundesregierung entgegenzutreten ?
- 13.) Welche konkreten Aktivitäten plant die Bundesregierung, um die besorgniserregende Entwicklung der Leistungsbilanz zu stoppen und bis wann ist mit einem entsprechenden Konzept zu rechnen ?
- 14.) Welche konkreten Aktivitäten plant die Bundesregierung, um den rückläufigen Tendenzen in der Fremdenverkehrswirtschaft entgegenzutreten und bis wann ist mit einem entsprechenden Konzept zu rechnen ?
- 15.) Welche konkreten Aktivitäten plant die Bundesregierung, um in Zukunft einen Förderungswettbewerb der Bundesländer wie im Fall des Lyocellwerkes der Lenzing AG auszuschließen ?

- 16.) In welcher Weise waren Sie oder andere Mitglieder der Bundesregierung mit der Entscheidung über den Standort des Lyocellwerks der Lenzing AG befaßt ?
- 17.) Bis wann wird die Bundesregierung ein Konzept einer leistungsgerechten Krankenhausfinanzierung vorliegen ?
- 18.) Welche konkreten Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die im Arbeitsübereinkommen festgelegte Zielsetzung der Einsparung von jährlich 1 % der Bundesbediensteten sicherzustellen, die allein einen wirklich wesentlichen Beitrag zur Strukturreform im öffentlichen Dienst und zur Eindämmung des Personalaufwandes gewährleisten könnte, und bis wann ist mit der Vorlage eines entsprechenden Konzepts zu rechnen ?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage vor Eingang in die Tagesordnung zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu behandeln.